

## Fortschritt in einem Zeitalter der Angst?

**TONY JUDT:**

### **Ill Fares the Land: A Treatise on Our Present Discontents**

London 2010

Allen Lane, 237 S.

**M**it seinem letzten Buch »Ill Fares the Land« hat der große britische Historiker Tony Judt noch kurz vor seinem Tod im August dieses Jahres einen unschätzbaren Beitrag zur Debatte um die Zukunft von Sozialdemokratie und progressiver Politik geleistet. Wer sich für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der sozialen Demokratie interessiert, für den ist »Ill Fares the Land« eine Pflichtlektüre – genauso übrigens wie Richard Wilkinsons und Kate Picketts ebenso wichtiges Buch »Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind«, auf welches sich Tony Judt ausgiebig bezieht.

Auch einer »Pflichtlektüre« muss man natürlich nicht rundum beipflichten. Doch egal, ob man Judts Argumenten folgt oder nicht: Auf jeden Fall zwingt »Ill Fares the Land« Sozialdemokraten, ihre gängigen Argumente neu zu durchdenken: Kann und soll sich Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert weiterhin als Partei des Fortschritts begreifen? Welche Richtung sollte dieser Fortschritt heute einschlagen? Oder könnte es sein, dass »Fortschritt« heute eher das Problem und nicht die Lösung darstellt? Das sind die provokativen Fragen, die Judt aufwirft.

Klar ist, dass der Glaube an die Notwendigkeit und prinzipielle Möglichkeit von Fortschritt für die Sozialdemokratie stets konstitutiv war. Demgegenüber glaubten Konservative an die Existenz einer »natürlichen Ordnung der Dinge«, die nicht radikal verändert werden dürfe. Der Konservatismus, begriffsgetreu verstanden, war eine fundamental pessimistische Weltanschauung. Das änderte sich vor drei Jahrzehnten mit dem Heraufziehen der neokonservativen und neoliberalen Hegemonie. Zu Recht hebt Judt die historische Dimension dieses Zeitenwechsels hervor: »Es ist die politische *Rechte*, die den ehrgeizigen modernen Drang geerbt hat, im Namen eines universellen Projekts zu zerstören und zu erneuern.«

Diese Beobachtung mag unter Sozialdemokraten unstrittig sein. Diskussionen sollte hingegen der Schluss auslösen, den Judt hieraus mit Blick auf die

Aufgabe der Sozialdemokratie zieht: »Wenn die Sozialdemokratie eine Zukunft hat, dann als Sozialdemokratie der Angst. (...) Die erste Aufgabe radikaler Dissidenten besteht heute darin, ihr Publikum an die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu erinnern – und über die wahrscheinlichen Folgen des leichtfertigen Eifers zu reden, mit dem wir diese Errungenschaften zerstören. Die politische Linke hat, um es ganz deutlich zu sagen, etwas zu bewahren.«

Tony Judts wirklich denkwürdige Pointe lautet also, dass es im 21. Jahrhundert die Sozialdemokratie sei, die zur Partei eines echten, also »konservativen Konservatismus« werden müsse: »Wir halten die Institutionen, die Gesetzgebung, die Dienstleistungen und die Rechte, die wir aus der großen Reformära des 20. Jahrhunderts geerbt haben, für selbstverständlich gegeben. Es ist an der Zeit, uns daran zu erinnern, dass all diese Dinge noch im gar nicht so lange zurückliegenden Jahr 1929 völlig undenkbar waren. Wir sind die glücklichen Nutznießer einer in ihrem Ausmaß und ihren Auswirkungen beispiellosen Transformation. Es gibt viel zu verteidigen.« Deshalb müssten »(...) Sozialdemokraten, typischerweise bescheiden in ihrem Stil und Ehrgeiz, nachdrücklicher über die Errungenschaften der Vergangenheit sprechen«.

Ja, das sollten sie tatsächlich tun. Völlig zutreffend betont Judt: »Die Anstrengungen eines ganzen Jahrhunderts im Stich zu lassen, ist Verrat nicht nur an denen, die vor uns da waren, sondern auch an künftigen Generationen.« Skeptisch stimmt indessen, wie Judt die Verteidigung »vergangener Errungenschaften« gegen die Aufgabe auszuspielen scheint, heute offensiv auf das progressive Ziel einer besseren Zukunft für möglichst viele Menschen hinzuarbeiten. In seiner dem Buch zugrunde liegenden New Yorker Vorlesung vom 19. Oktober 2009 formulierte Judt die vermeintliche Alternative besonders drastisch: »Statt den Versuch zu unternehmen, eine Sprache des optimistischen Fortschritts zu erneuern, sollten wir anfangen, uns wieder mit unserer jüngeren Geschichte vertraut zu machen.« Nur: Warum eigentlich sollten wir zwischen beidem wählen müssen?

Dieser angebliche Gegensatz ist unerklärlich – und kontraproduktiv für das Anliegen der sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert. Natürlich ist es richtig, für eine Sozialdemokratie zu kämpfen, die in einer früheren Ära erreichte zivile und soziale Standards verteidigt: Gleichheit, Gerechtigkeit, zivilen Anstand, den Glauben an die Möglichkeit und den Wert gemeinsamer Anstrengung für das gemeine Wohl. In diesem spezifischen Sinn müssen Sozialdemokraten in der Tat »konservativ« sein. Aber wie jeder Fußballer weiß, werden jene Mannschaften regelmäßig für ihre furchtsame Taktik bestraft, die in den ersten zehn Minuten 1:0 in Führung gehen und danach nur noch versuchen, den mageren Vorsprung über die Zeit zu retten. Nicht weniger als im Fußball kommt es in der Politik darauf an, proaktiv zu handeln, das Spiel zu gestalten und an die eigene Fähigkeit zu glauben, weitere Treffer zu erzielen.

Anders gesagt: Falls Sozialdemokraten wichtige Ziele vertreten, für die sich zu kämpfen lohnt (was ja der Fall ist), dann müssen sie ihre Ideen heute offensiv

unter die Menschen bringen, statt in Deckung zu gehen, auf das Beste zu hoffen, aber insgeheim mit dem Schlimmsten zu rechnen. Es ist wahr, in der inzwischen beendeten Ära marktradikaler Hegemonie war die Idee der sozialen Demokratie in die Defensive geraten. Sogar Sozialdemokraten selbst glaubten nicht mehr an ihre Sache, weil sie ihre ganz eigene »Sprache des optimistischen Fortschritts« verloren hatten. Und umgekehrt kam ihnen diese Sprache immer weiter abhanden, weil sie nicht mehr an ihre eigene Sache glaubten. Das eine bedingte das andere – und vice versa.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Denn es besteht heute ja tatsächlich aller Anlass zur Furcht. Der Marktradikalismus zwar mag – jedenfalls als hegemoniales Narrativ – Geschichte sein. Aber die Zerstörung all dessen, was im Zeichen der sozialen Demokratie in den Nachkriegsjahrzehnten erreicht wurde, ist immer noch möglich. Der Klimawandel, endemische Finanz-, Wirtschafts-, Verschuldungs- und Währungskrisen, Bevölkerungswachstum, Energieknappheit, demografische Ungleichgewichte, Massenmigration, Nahrungsmittelknappheit, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, die Verbreitung von Atomwaffen, eine bald zerstreute, bald in Panik verfallende Öffentlichkeit – die Welt ist tatsächlich ein sehr gefährlicher Ort geworden. In solchen Zeiten werden gerade rückwärts gewandte »Parteien der Angst«, zusammengehalten von kaum mehr als der Sehnsucht, die Erosion ihrer früheren Errungenschaften irgendwie zu bremsen, niemals mehr auf die Beine bringen können als letztlich hilflose Sperrminoritäten.

Angst lähmt und macht unkreativ. Statt ihr nachzugeben, sollten wir uns wieder selbst davon überzeugen, dass die Idee einer progressiven, zukunftsorientierten sozialen Demokratie, die auch grüne und liberale Ziele einbezieht, im 21. Jahrhundert jedes Potenzial besitzt, Mehrheiten zu überzeugen. Wenn Sozialdemokraten selbst nicht daran glauben, dass sie etwas Wertvolles anzubieten haben, warum sollte ihnen dann irgendjemand folgen? Martin Luther King rief nicht: »Ich habe einen Alptraum.« Und Barack Obama wurde nicht Präsident der Vereinigten Staaten, der es vermochte, einen Krankenversicherungsschutz für Millionen zuvor unversicherter Amerikaner durchzusetzen, indem er über die neoliberale Hegemonie lamentierte. Vielmehr gelang ihm dies, indem er hinreichend viele Menschen davon überzeugte, dass positiver Wandel, Fortschritt und eine bessere Zukunft immer noch möglich sind.

Vielleicht, wahrscheinlich sogar, wird es eine bessere Zukunft für alle nicht geben. Das Dilemma des Fortschritts im 21. Jahrhundert liegt klar zutage. In seinem aktuellen Buch »The Politics of Climate Change« bringt Anthony Giddens das Problem auf den Punkt: »Unsere Zivilisation könnte sich selbst zerstören, kein Zweifel. Der Jüngste Tag ist nicht mehr bloß eine religiöse Vorstellung, nicht mehr nur ein Tag der spirituellen Abrechnung, sondern er steht unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft möglicherweise tatsächlich bevor. (...) Kein Wunder, dass viele Menschen Angst haben. ›Lasst uns umkehren‹, sagen sie, ›lasst uns in eine einfachere Welt zurückkehren!‹ Diese Gefühle sind vollständig ver-

ständig, und in manchen Kontexten besitzen sie auch ganz praktische Bewandnis. Aber es kann keine ›Rückkehr‹ auf der ganzen Linie geben. Gerade die Ausweitung menschlicher Macht, die unsere großen Probleme verursacht hat, stellt das einzige Mittel dar, diese Probleme zu lösen – mit Wissenschaft und Technologie an der Spitze. Es wird im Jahr 2050 wahrscheinlich neun Milliarden Menschen auf der Erde geben. Danach wird sich die Weltbevölkerung hoffentlich stabilisieren, vor allem dann, wenn die am wenigsten entwickelten Länder bis dahin erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erleben. Deshalb müssen Mittel gefunden werden, diesen neun Milliarden Menschen ein annehmbares Leben zu ermöglichen.«

Die Welt des 21. Jahrhunderts bedarf also ganz dringend des Fortschritts und hellwacher Sozialdemokratien, damit zumindest einige der Probleme gelöst werden können, die vergangener Fortschritt eben *auch* geschaffen hat. Wir können überhaupt nicht sicher sein, dass uns dies gelingen wird. Was wir aber mit der allergrößten Sicherheit wissen, ist, dass uns Konservatismus, ob in sozialdemokratischer oder sonstiger Spielart, auf gar keinen Fall retten wird. Möglicherweise sind wir selbst dann zum Scheitern verurteilt, wenn wir uns für mehr und – hoffentlich – besseren Fortschritt entscheiden. Auf jeden Fall aber sind wir zum Scheitern verurteilt, wenn wir prinzipiell gegen die regulative Idee des Fortschritts optieren. Wie sogar Tony Judt selbst einräumt: »Die Vergangenheit ist tatsächlich ein anderes Land: Wir können nicht in sie zurückkehren.«

Das heißt nun keineswegs, dass Sozialdemokraten und andere Progressive nichts mehr aus der Geschichte zu lernen hätten. Ganz im Gegenteil! Unser Erfolg bei der Bewältigung dieses Jahrhunderts wird nicht zuletzt davon abhängen, ob hinreichend viele Menschen in den westlichen Gesellschaften die Kostbarkeit, die schiere Unwahrscheinlichkeit und die Zerbrechlichkeit der sozialen und freiheitlich-demokratischen Nachkriegsordnung begreifen. Zu Recht warnt uns Judt davor, nur ja nichts davon für selbstverständlich zu halten: »Wenn wir eine bessere Zukunft bauen wollen, dann müssen wir ein tieferes Verständnis dafür entwickeln, wie plötzlich selbst festgefügte freiheitliche Demokratien zugrunde gehen können.«

Tony Judt verdient große Anerkennung dafür, dass er diese Botschaft bis zu seinem Tod glasklar und unerbittlich vertreten hat. »Die Sozialdemokratie steht nicht für eine ideale Zukunft«, schreibt er, »sie steht nicht einmal für eine ideale Vergangenheit. Aber unter den Optionen, die uns gegenwärtig offenstehen, ist die sozialdemokratische besser als jede andere.« Deshalb wird die soziale Demokratie im 21. Jahrhundert unentbehrlich bleiben – aber nicht als jener defensive Ersatz-Konservatismus, den Tony Judt selbst im Auge hatte, sondern als das optimistische, fortschrittliche und zugleich nüchterne politische Bekenntnis, das unser gefährliches Zeitalter so dringend braucht.

Ob die Sozialdemokratie diese Aufgabe überhaupt schultern will und kann – das sind die Fragen, über die, inspiriert durch Tony Judts Buch, derzeit an vielen

Stellen in Europa intensiv diskutiert wird – etwa in der *Berliner Republik*, in der *Neuen Gesellschaft* oder auf der Website der niederländischen *Wiardi Beckman Stichting*. In Holland lag Judts Buch bereits kurz nach Erscheinen des Originals, ins Niederländische übersetzt, in allen Buchhandlungen. Dass sich Judts behäbiger deutscher Verlag in den Monaten bis zum Tod seines langjährigen Autors nicht im Stande sah, eine deutschsprachige Fassung von »Ill Fares the Land« auch nur anzukündigen, ist ebenso unverständlich wie unverzeihlich.

*Tobias Dürr;*  
*Chefredakteur der »Berliner Republik«;*  
*Vorsitzender und Initiator des Progressiven Zentrums, Berlin*

## **Stehen wir vor der Rückkehr der Tugend der Gleichheit in die Politik?**

**RICHARD WILKINSON / KATE PICKETT:**

### **Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind**

Berlin 2009

Haffmans & Tolkemitt (bei Zweitausendundeins), 320 S.

**T**raue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast«, fasste der britische Staatsmann und Schriftsteller Winston Churchill (1874–1965) einmal seine Erfahrungen mit aufbereiteten Zahlen zusammen. Sie lassen sich auf vielfältige Weise interpretieren: Jeder in Deutschland, der im Fernsehen nach Bundes- und wichtigen Landtagswahlen der Runde der Generalsekretäre gelauscht hat, weiß: Zumeist hat jede Partei gewonnen.

Zahlen sind geduldig, sagt man: Oft kann man schlechte Statistiken verbergen und verschleiern oder Ergebnisse schönen, wie jüngste Beispiele aus dem Kreis der Mitgliedsländer der Eurozone mit erheblichen Folgewirkungen gezeigt haben. Andere Zahlen lassen einen dennoch aufschrecken: Im Juni dieses Jahres publizierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine neue Studie zur Einkommensverteilung in Deutschland. Die Einkommensgegensätze zwischen ärmeren und reicheren Haushalten vergrößern sich, die Mittelschicht schrumpft. Die Gesellschaft driftet auseinander in eine kleine wohlhabende und eine breite arme Schicht. Der Trend zur Einkommenspolarisierung ist mitnichten nur ein deutsches Phänomen. Die britischen Sozialwissenschaftler Kate Pickett und Richard Wilkinson nehmen in ihrem Buch »Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind« die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen einer solchen Entwicklung im internationalen Vergleich in den Blick.

Wie kommt es, dass die Gesellschaften reicher Industrieländer so wohlhabend leben wie noch nie zuvor, aber dennoch so große soziale Probleme haben? Die USA zum Beispiel haben das höchste Pro-Kopf-Einkommen und gleichzeitig die